Nr. 2170. **Montag, 30. November. (Abend-Ausgabe.)** **1863.**

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Illgen & Fort, H. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann Hartmanns Buchhdlg.

Danziger



Zeitung.

Abonnements pro December für Auswärtige 20 Sgr., für Hiesige 15 Sgr., nimmt an die Expedition.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 1 Uhr Nachmittags.

Wien, 30. November. Der heutige „Botschafter" dementirt die Gerüchte von einem Ministerwechsel und von einer Meinungsverschiedenheit im Schooße des Ministeriums bezüglich der schleswig-holsteinischen Frage und versichert, daß die kaiserliche Regierung ihren Bundespflichten stets treu bleibend, den von der Majorität des Bundestags gefaßten Beschlüssen bereitwillig nachkommen werde.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Frankfurt a M., 28. Nov. In der heutigen Sitzung des Bundestages beantragte das Präsidium die Vollmacht des dänischen Gesandten den Ausschüssen zu überweisen. Hiergegen protestirte der dänische Gesandte. Der sächsische Bundestagsgesandte ersuchte das Präsidium, in Hinblick auf einen von ihm einzubringenden Antrag die Bundesversammlung zu fragen: ob einem Gesandten, dessen Vollmacht noch nicht angenommen, das Protocoll offen stehe? Die Bundesversammlung verneinte diese Frage mit großer Majorität, nur drei Stimmen stimmten für dieselbe. Der dänische Gesandte will hiergegen protestiren; das Präsidium verweigert dies und schließt die Sitzung. Eine neue Sitzung wird nach einer halben Stunde angesetzt. In derselben wurde der Antrag des Ausschusses: 1) die Führung der holsteinischen Stimme sei in der Bundesversammlung zur Zeit zu suspendiren; 2) hiervon sei dem dänischen Gesandten und dem badischen Bundestags-Gesandten Mittheilung zu machen, mit bedeutender Majorität angenommen. Oesterreich und Preußen erklärten bei der Abstimmung, daß ihr Standpunkt von dem Londoner Protocoll und den damit unzertrennlichen Verabredungen aus den Jahren 1851 und 1852 bedingt sei. Auf Lauenburg habe der König von Dänemark ein Recht. Hierauf wurde der Antrag Sachsens: „Ueber die Executionsfrage" eingebracht, lautend:

„Es seien unverzüglich die nöthigen Anordnungen zu treffen, damit das für Holstein bestimmte Executionscorps mit der den Umständen entsprechenden Verstärkung in Holstein und Lauenburg einrücke, um diese Bundesländer bis zu dem Zeitpunkte besetzt zu halten, wo der Bund sich in der Lage sehen wird, dem von ihm als rechtmäßig anerkannten Nachfolger in gedachten Herzogthümern letztgedachte Bundesländer zu eigener Verwaltung zu übergeben."

Dieser, so wie anderweit von Hessen-Darmstadt, Oldenburg und Anhalt gestellte Anträge wurden an den Ausschuß überwiesen.

Gotha, 28. November. Zur Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen für die schleswig-holsteinische Sache ist in der Privatbank zu Gotha eine schleswig-holsteinische Hauptkasse errichtet worden, deren Einnahmen für Landeszwecke, vornehmlich militairische Zwecke, verwendet werden sollen. Diese Kasse wird unter Verantwortlichkeit verwaltet und findet seiner Zeit öffentliche Rechnungsablegung statt.

Stockholm, 28 November. Sämmtliche vier Stände bewilligten heute das von der Regierung verlangte Extracreditiv von drei Millionen einstimmig, unter voller Anerkennung der Regierungspolitik. Sämmtliche Redner, welche sich an der Debatte betheiligten, sprachen für den Regierungsantrag.

London, 28 November. Die „London Gazette" veröffentlicht die zwischen den Cabinetten von Paris und London über die Einladung zu dem Congreß geführte und mit der Ablehnung Seitens Englands schließende Correspondenz. Die meisten Zeitungen drücken ihre Zufriedenheit aus über die so schnell erfolgte Veröffentlichung und über den Ton, in dem Graf Russell die Correspondenz geführt hat.

London, 28. November. Der auf einer Reise durch die Nordwestprovinzen begriffene Generalgouverneur von Indien, Graf Elgin, ist gefährlich erkrankt und wurde nach den letzten vom 14. d. datirten Nachrichten immer schwächer. Der Verlust der Engländer in dem Gefecht an der Afghanischen Grenze wird amtlich auf 60 Mann angegeben.

London, 28. November. Mit dem Dampfer „Adriatic" sind Nachrichten aus Newyork vom 20. d. eingetroffen. Nach denselben hatte General Longstreet die Armee Burnsides nach einem viertägigen Kampfe vertrieben. Burnside hat sich nach Knoxville zurückgezogen. Die Stadt ist von den Conföderirten vollständig eingeschlossen. Der Wechselcours auf London war in Newyork 167, Goldagio 52⅝, Baumwolle 85 fest.

London, 28. November. Aus Newyork vom 20. d. wird ferner berichtet, daß General Banks Riogrande besetzt habe.

Landtags-Verhandlungen.

9. Sitzung des Abgeordneten-Hauses.

Präsident Grabow. Die Militärcommission hat sich constituirt; Vorsitzender v. Bockum-Dolffs, Stellvertreter Baron v Vaerst, Schriftführer Frank, v. d. Leeden und Dr. Siemens, außerdem Harkort, Beitzke, Waldeck, Stavenhagen, v Forckenbeck, Gneist, v. Sybel, Jacoby, Faucher, Lehmann, Virchow, v. Kirchmann, Mühlenbeck, Kratz, Pannier und Schmiedicke. — Die Abgg. Rohden und Gen. haben den Antrag eingebracht, folgenden Gesetzes-Vorschlag anzunehmen: „Die Bestimmung § 2 Litt a des Gesetzes vom 28. Juni 1834 über den Waffengebrauch der Grenz-Aufsichtsbeamten wird hiermit aufgehoben." Abgg. Kantack und Gen. haben den Antrag eingebracht, „die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, das seit acht Monaten geschlossene Gymnasium zu Trzemeszno baldigst wieder zu eröffnen". — Abgg. Waldeck und Gen. haben einen (bereits mitgetheilten) Verbesserungsantrag zu dem Schleswig-Holsteinischen Antrage eingebracht.

Graf zur Lippe bringt mehrere Gesetzentwürfe ein, die bereits in der vorigen Session vorgelegen haben, darunter den Gesetzentwurf betreffend die Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaften auf Seeschiffen.

Cultusminister v. Mühler bringt den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des ostpreußischen Provinzialrechts, betreffend die sogenannte kleine Kalende, ein.

Graf zur Lippe und v. Mühler verlassen den Saal, während des folgenden Vortrags finden sich die Minister Graf Eulenburg, Graf Itzenplitz und v. Selchow ein.

Es folgt die Schlußberathung über den Antrag, Behufs Information des Hauses wegen der bei den Wahlen vorgekommenen gesetzwidrigen Beeinflussung und noch fortdauernder Verfolgung der Wähler und Verkümmerung des verfassungsmäßigen Wahlrechts und der Wahlfreiheit, in Gemäßheit des Art. 82 der Verfassungsurkunde eine Commission von 21 Mitgliedern zur Untersuchung der Thatsachen einzusetzen.

Ref. Abg. Aßmann weist nach, daß das Haus die Befugniß habe, auch Folgerungen aus Thatsachen zu ziehen, und zu prüfen, ob diese mit der Verfassung übereinstimmen; daß ferner solcher Commission alle Befugnisse zustehen, welche ihr Zweck erfordert, als: Vernehmung von Personen am Sitze des Landtags und außerhalb desselben, unmittelbarer Verkehr nicht bloß mit der königl. Staatsregierung, sondern auch mit den derselben untergebenen Regierungs- und Communalbehörden. — Er wolle nur auf die Thatsache hinweisen, daß die Wahlbeeinflussungen Seitens der Regierung authentisch festgestellt seien; daß dieselben vom ganzen Lande als gegen Recht und Gesetz verstoßend betrachtet werden; daß die Aufregung eine große, allgemeine sei, und daß hier ein Unrecht gesühnt werden müsse. Es sei gradezu ein Zwang gegen die Ueberzeugung des Einzelnen geübt worden. (Sehr wahr!) Gleichwohl sei der Erfolg aller extremen Mittel und Mittelchen nur ein Gewinn von noch nicht 40 Köpfen unter 352 gewesen. Die Grenze des Möglichen scheine ihm mit dem Geschehenen erreicht, und er wisse nicht, was der Minister des Innern noch Weiteres für seine Zwecke thun könnte. Uebe eine Regierung Rechtsbruch, so werden die Leidenschaften entfesselt, und wohin wolle man endlich gelangen mit Mitteln, welche das Land verdamme. Der Herr Minister möge seinen Blick in die niedere Beamtensphäre richten: welche Stimmung werde er dort finden, wo den kärglich Besoldeten nicht einmal ihr einziges, heiligstes Gut, die Freiheit der Ueberzeugung gelassen werde. Die Armen haben nur die Wahl gehabt zwischen ihrem Amte und der Lüge und Heuchelei (Sehr wahr!). Die bekannte Ehrenhaftigkeit und die Gewissenhaftigkeit des preußischen Beamtenstandes sei aber unvereinbar mit Lüge und servilem Wesen. Die Ehre des Beamten beruhe auf der öffentlichen Achtung. — Er müsse fragen, was dem Herrn Cultusminister sein Gewissen sage, wenn er an die Beeinflussung der Lehrer denke, deren Amt man als Handhabe benutzt habe, um sie zu Lügnern zu stempeln. Die Regierung möge durch rechtliche und sittliche Mittel auf die Ueberzeugung wirken, nicht aber direct auf den Willen der Wähler. Durch ein solches Verfahren werde eine Erbitterung erzeugt, welche wie ein giftiger Schwamm in den Gemüthern um sich fresse und die Fundamente des Staates zerstöre, während die Staatsklünstler emsig bemüht wären, die Schnörkel außen herum zu conserviren. Ein so großes Uebel fordere gründliche Heilung in einer umfassenden Untersuchung, welche das gesammte System der Verwaltung enthülle. Die Staatsregierung selber mit der Untersuchung zu betrauen, würde mehr als naiv sein, da ja noch täglich Beschwerden über dieselbe laut werden.

Correferent Abg. v. Forckenbeck: Die zu untersuchenden Thatsachen beträfen die Wahlfreiheit und das Wahlrecht; letztere um zu constatiren, inwiefern durch die Bildung der Urwahlbezirke das Wahlrecht der Urwähler gehindert oder beschränkt sei. Die Commission werde in dieser Richtung zu prüfen haben, wie es komme, daß bei den vier Wahlen seit dem Jahre 1858 jedesmal neue Urwahlbezirke gebildet und inwiefern den Vorschriften, daß die Wahlmännerzahl durch 3 theilbar und die Wahlbezirke abzurunden seien, von den Verwaltungsbehörden Rechnung getragen worden. Die Untersuchung habe sich zu erstrecken nicht bloß auf die Thatsachen bei den Wahlen, sondern auch auf die Thatsachen nach denselben. Nach den Präcedenzfällen sei es übrigens unzweifelhaft, daß die Untersuchungscommission die erforderlichen Beweise direct aufnehmen könne; in welcher Form, bleibe zu überlegen. Die zweite Frage sei, ob zu einem so wichtigen Schritt genügende Veranlassung vorliege. Es handle sich nicht um vereinzelte Thatsachen, sondern um ein System, das mit Ausnahme der Rheinprovinz über das ganze Land verbreitet sei (hört!); es beginne in Bielefeld mit der Aufstellung der 17 Gendarmen im Wahllokal und erstrecke sich nach Osten über das Land; namentlich in Schlesien, Pommern und Preußen sei es hervorgetreten. Er wolle nur einzelne wichtige Thatsachen vorführen. Redner verliest darauf unter großer Sensation des Hauses zwei Rescripte des „Chefpräsidenten des ostpreußischen Tribunals, in Vertretung v. Goßler" an die Kreisgerichte des Departements; darin werden „nach Mittheilung des Königl. Regierungs-Präsidenten hierselbst" diejenigen Beamten des betr. Gerichts aufgeführt, die ihre „Wahlstimme" für die Candidaten der sogen. Fortschrittspartei abgegeben haben. Die diätarisch angestellten Beamten sollen vor ihrer Entlassung über die etwaigen persönlichen Gründe vernommen werden, die sie gegen dieselbe geltend zu machen haben. Falls ihre vorläufige Beibehaltung im Interesse der Verwaltung liege, solle darüber unter Angabe der Gründe sofort berichtet werden. In Betreff der fest angestellten Subalternen und Unterbeamten wird darauf hingewiesen, es liege nicht in der Absicht des Präsidiums, irgend eine verantwortliche Erklärung von ihnen zu verlangen, sondern es komme nur darauf an, ihnen Gelegenheit zu geben, etwaige Mißverständnisse aufzuklären. Das Rescript soll den betreffenden Beamten mitgetheilt und sie aufgefordert werden, etwaige irrige Angaben zu berichtigen. Keinem Königlichen Beamten werde es entgehen, daß die vorgesetzte Behörde ein Interesse daran habe, auch von dem außeramtlichen Verhalten der Untergebenen Kenntniß zu nehmen, da bei Beförderungen, Auszeichnungen, Remunerationen, Gratificationen in Erwägung zu ziehen sei, ob sich dieselben nicht der Berücksichtigung unwürdig gemacht haben. (Große Sensation.) Das zeige, fährt Redner fort, welchen Respect der Präsident eines Landescollegiums von dem verfassungsmäßig garantirten Wahlrecht habe. Es zeige auch, daß die Regierung zu Königsberg die Abstimmungen sämmtlicher Beamten habe controliren lassen. Das setze ihn nun nicht in Verwunderung; es entspreche ganz ihrem bisherigen Verhalten. „Jene Regierung hat das negative Verdienst, daß wir hier seit Jahren unseren Platz einnehmen und in dieser Beziehung bin ich dem Herrn Minister und dem Herrn Präsidenten v. Kamptz sehr dankbar und möchte die Regierung bitten, den letzteren noch einige Zeit im Amte zu belassen." (Heiterkeit.) Er könne auch einzelne Beamte nachweisen, die wegen ihrer Abstimmung von der Verwaltungsbehörde entlassen worden. Sonach frage es sich nur, ob der vorliegende Antrag zweckmäßig sei, ob es zweckmäßig sei, diesen ersten Schritt zu thun, während doch der letzte, die Anklage, nicht gethan werden könne. Die Masse der Thatsachen zeige indeß, daß man an die Wurzel des Wahlrechts die Axt gelegt habe. Schon die Feststellung der Thatsachen werde der Nation die Gefahr zeigen und in der Nation die Energie wach rufen, mit allen Mitteln dieser Gefahr vorzubeugen. (Beifall)

Abg. Graf v. Schwerin: Er sei gegen den Antrag, weil diejenige Information, die Antragsteller durch die Commission einziehen wolle, bereits vollkommen vorhanden sei. Referent habe selbst gesagt, daß Schlimmeres, als bereits constatirt sei, nicht constatirt werden könne. Auch er sei der Ansicht, daß die Regierung von ihrer Gewalt einen Gebrauch gemacht habe, der in keinem Falle gerechtfertigt sei. Das Recept des Herrn v. Gerlach: durch Zuckerbrod und Peitsche den preußischen Beamtenstand zu dressiren, sei für Preußen nicht anwendbar (Zustimmung) und habe nicht die Wirkung gehabt, welche die Regierung beabsichtigt habe. Die Zahl der Freunde der Regierung im Hause habe sich allerdings um einige Personen vermehrt, die Zahl ihrer Freunde im Lande habe sich wahrlich dadurch nicht vermehrt (Heiterkeit). Die Zurdispositionsstellung des Ober-Staatsanwalts Kannegießer und des Landraths v. Hagenow z. B., die nicht einmal gegen die Regierung agitirt, sondern nur abgelehnt hätten, für die Regierung zu agitiren, habe schwerlich zu einer solchen Vermehrung beigetragen. Um zu zeigen, daß das Haus mit diesen Maßregeln nicht einverstanden sei, dazu habe es ein einfaches Mittel und von demselben habe es in der letzten Sitzung einen sehr richtigen Gebrauch gemacht, nämlich die Wahlen, bei denen es einen unberechtigten Einfluß der Regierung annehme, zu kassiren. Sollte es aber der gegenwärtigen Regierung gelingen, eine Majorität im Lande zu gewinnen durch eine strengere Schulung der Beamten, durch die vom Minister des Innern beabsichtigte Beruhigung im Lande (Heiterkeit) oder durch Fehler dieses Hauses, dann werde auch die Untersuchung keinen Erfolg haben. Durch die Niedersetzung der Commission werde die Aufregung im Lande vermehrt und die Beilegung des Conflicts dadurch erschwert.

Abg. Wachler: Einzelne Thatsachen seien allerdings erörtert, aber nicht, welche Allgemeinheit dieselben gehabt, welches System dabei geherrscht habe. Ihm scheine ein vollständiges Beeinflussungs-System vorzuliegen. Die Preßverordnung, die ministeriellen Wahlerlasse, die Drohungen an Beamte, die Duldung der Ausschreitungen der conservativen Beamten und Presse, dies alles seien Symptome dieses Systems. Wenn die Commission festgestellt haben werde, wer dieses System organisirt, dann werde das Haus auch sein Urtheil über die Personen und das System aussprechen. (Bravo.)

Abg. v. Blanckenburg: Er und seine Freunde würden für den Antrag nicht stimmen und sich an der Wahl der Commission nicht betheiligen. Auch die Fortschrittspartei suche einen Einfluß auszuüben. Es komme also nur darauf an, daß der rechte Einfluß ausgeübt werde, und werde man der Regierung nicht das Recht bestreiten, einen solchen auch ihrerseits auszuüben. Es frage sich nur, wie weit sie in Anwendung desselben über das Gesetz hinausgehen könne. (Große Heiterkeit.) Die Regierung dürfe nicht dulden, daß der Nationalverein allen Einfluß für sich absorbire. Er wundere sich sehr, daß auch Graf Schwerin den Handschuh wider die Regierung aufgehoben habe. Die Festigkeit und Entschlossenheit der Regierung, ihre Weisheit namentlich in der polnischen Frage, hätten ihr die Herzen im Lande zugewandt. (Anhaltende Heiterkeit.) Dem liberalen Ministerium sei es gelungen, eine Confusion des Parteiwesens über das ganze Land zu verbreiten (schallendes Gelächter). In einem Wahlkreise seien damals er und seine Freunde als Königsfeinde verdächtigt worden, die den König absetzen wollten. (Große Heiterkeit.) Woher sei das gekommen? Weil der damalige Minister Graf Schwerin durch seine Wahlerlasse das einfache Landvolk so verwirrt habe (Gelächter), daß es nicht mehr gewußt habe, woran sich halten. Als Graf Schwerin das erste Mal Minister gewesen, habe er den jetzigen Abg. Wagener und Regierungsrath Schede zur Disposition gestellt. (Abg. Wagener führt mit lebhaften Gesten seinen Zeigefinger gegen seine Brust — schallendes Gelächter; ein conservatives Mitglied klatscht in die Hände.)

Präsident: Einer der Schriftführer habe ihm mitgetheilt, daß ein Mitglied im Hause geklatscht habe; den Tribünen sei dies unter allen Umständen untersagt, um so viel

mehr müßten die Mitglieder des Hauses mit gutem Beispiel vorangehen. — Abg. v. Blankenburg fährt fort: Das letzte Mal als Graf Schwerin Minister gewesen, seien Landräthe zur Verantwortung gezogen worden, weil sie die Wahl der Herren v. Gerlach und Wagener als zu extremer Männer zu befördern gesucht. (Heiterkeit.) Es gelte hier auch wieder das alte Sprichwort: Ja, Bauer, das ist ganz was Anderes. Bereits jetzt habe sich die conservative Partei im Lande stark erhoben. Schon wäre die Zahl seiner Partei-Genossen vervierfacht; schon dies Mal sei den Herren links das Wasser bis an die Kehle gegangen. Was die Regierung gethan, habe die Grenze dessen nicht überschritten, was ihr zustehe. Er würde den vorliegenden Antrag erst dann für nöthig finden, wenn die Ordnung im Lande vollständig wiederhergestellt sein werde.

Abg. Dr. Virchow: Er habe keine Debatte erwartet, da die Annahme gerechtfertigt gewesen, daß (nach der neulichen Erklärung des Abg. v. Gottberg) die andere Partei den Antrag mit allen ihren Sympathien unterstützen würde. Daß das Gegentheil eingetreten, freue ihn um der klassischen Mittheilungen willen, welche das Haus durch den jüngeren Abgeordneten für Stolp erhalten und welche wahrscheinlich dasjenige authentisch ausdrücke, was die Partei gegenwärtig intendire. Besonders interessant scheine es ihm, hier, vor dem Lande, einmal die Sprache zu hören, welche eigentlich wohl nur in Hofkreisen geführt werde, um Se. Majestät mit den Denkformeln dieser Kreise vertraut zu machen. Die Gegner gingen darauf aus, eine feste Staatsordnung zu machen, wie ein außerordentlicher Professor der Rechte an hiesiger Universität und Kronsyndikus (Herr v. Daniels) im andern Hause selber erklärt habe, und man scheine deshalb gar nicht für möglich zu halten, daß irgend einmal an höchster Stelle anders gedacht werden, andere Forderungen an die unglücklichen Beamten herantreten können. Er frage, ob die Gegner nicht selber das Bewußtsein hätten, daß sie nur momentan oben seien, und daß sie gar bald noch viel tiefer fallen würden, als sie schon einmal gefallen seien. Ob denn der Beamte mit jedem Ministerwechsel in andrer Richtung agitiren solle? Dem Beamten müsse ein neutrales Gebiet gelassen werden für die Bewegung seines Gewissens, während andererseits seine Amtspflichten scharf normirt und abgegrenzt sein müssen. Ohne Erfüllung dieser Bedingungen sei der preußische Staat unhaltbar. Wolle man eine andere Verwaltungsart einführen, so gehöre dazu eine gesetzliche Ordnung, nicht blos ministerielle Maßregeln. Wohin sollen die Intentionen der Regierung zuletzt führen? wenn der fixirte Beamte bei jedem Ministerium seine Ueberzeugung wechseln solle, wie einen Loyalitätsfrack? (Heiterkeit.) Er wolle das an einem Beispiele erläutern. Eine schreckbare Beeinflussung sei es, wenn ein Bürger in einem ehrenvollen Amte von einem Regierungsbeamten unter Androhung disziplinarischer Maßregeln genöthigt werde, gegen seine innerste Ueberzeugung zu handeln. Die Beamten seien eingeschüchtert worden, und verliere nicht ein Beamter, der sich sagen muß: „Du giebst Deine Manneswürde preis", nicht nur die Selbstachtung, sonder auch die öffentliche Achtung? (Zustimmung.) Kein anderes Verfahren aber zerstöre mehr das Ansehen der königlichen Behörden und die Achtung vor ihnen, als wenn man solche Männer um die Selbstachtung bringt, sie zwingt, sich zu prostituiren. (Lebhaftes Bravo.) Wenn von renitenten Ständen (Seitens des Abg. v. Blankenburg) geredet worden, so müsse er hervorheben, daß diese Renitenz ein altes deutsches Recht sei, und er reklamire dasselbe ausdrücklich als ein Recht ständischer und parlamentarischer Körperschaften (Beifall). „Dieses Recht wollen und werden wir üben, und ich hoffe zu Gott, daß sich in unserm Vaterlande stets Beamte finden werden, welche Ihnen (zur rechten Seite) mit diesem Rechte in der Hand entgegen treten werden." (Lebhafte Zustimmung.) Er bedaure, daß der Ministerpräsident nicht anwesend sei; es sei indeß eine bekannte Sache, daß das constitutionelle Staatswesen nie vorhanden sei, nie gelten solle, wenn es „für uns, sondern nur, wenn es gegen uns" sei. Wohin das herrschende System führe, das sei aufs klarste zu Tage getreten in dem Compromisse innerhalb der conservativen Partei bei der Wahl des Abg. v. Blankenburg. Der frühere Abg. v. Bonin habe diesem Platz machen und dafür habe diesem wieder der Oberstaatsanwalt Kannegießer weichen müssen. (Hört! hört!) So bekomme man überzeugungstreue Abgeordnete, so schaffe man überzeugungstreue Wähler! Daß auf diese Weise die Achtung vor der Regierung und deren Ansehen gestärkt werde, könne doch niemand meinen.

Minister Graf Eulenburg: Der Herr Vorredner hat bedauert, daß derjenige Minister nicht anwesend sei, der im Stande wäre, über die Ansicht der Regierung Auskunft zu ertheilen. Wenn es darauf ankommt, den Standpunkt der Regierung zu bezeichnen, so ist dazu jeder andere Minister eben so befugt. Ich kann nur glauben, daß der Wahlerlaß keinen Grund und keine Andeutung enthält, den nicht jede nachfolgende Regierung ebenfalls aufrecht erhalten sollte; es müßte denn die Regierung aus einer Partei hervorgegangen sein, mit deren Herrschaft die größte Gefahr für den Fortbestand des Staates verbunden sein würde. (Oho! links.) Ich gehe zu dem Antrage selbst über. Was soll derselbe herbeiführen? Ein Urtheil oder einen Beschluß? Ein Urtheil haben Sie bereits. Ich weiß also nicht, warum Sie sich noch besonders durch Niedersetzung einer Commission informiren wollen. Wenn Sie nun aber Material für einen Beschluß schaffen, welcher mit nur einiger Wirksamkeit verbunden ist, so, glaube ich, können Sie diese Wirksamkeit nur auf die eine Art ausüben, daß Sie Wahlen annulliren, bei denen nach Ihrer Ansicht ein gesetzwidriger Einfluß ausgeübt worden ist. Ein Drittes kann ich mir nicht denken. Der Artikel der Verfassung spricht übrigens nicht vom Sammeln der Thatsachen, wie der Herr Referent sich ausdrückte, nein, von Untersuchung von Thatsachen. In England hat die Sache eine andere Bedeutung; es hat das englische Parlament zum Theil administrative Befugnisse; dort ist also eine Untersuchungscommission denkbar. In Belgien ist dies nicht der Fall, und bei der Untersuchungscommission, die in den 30er Jahren das Parlament beschloß, ist man sich der Unausführbarkeit sehr wohl bewußt gewesen. Bei uns kann es nicht fehlen, daß die Commission entweder mit administrativen oder richterlichen Behörden in Conflict kommen wird, was entschieden vermieden werden muß, und Sie können unmöglich glauben, daß Sie sich dabei von Seiten der Regierung des großen Entgegenkommens zu erfreuen haben werden (Sensation). Mit diesen Worten glaube ich die Stellung der Regierung bezeichnet zu haben. Ich fürchte nicht, daß durch die Reisen einer Commission eine Aufregung hervorgerufen werde, ich fürchte, daß das Haus in seinem Ansehen nicht gewinnen wird, wenn ein Denunciationsbureau herumreist (Bravo der Conservativen), das mit einem Untersuchungsmaterial nach Hause kommt, welches nichts weiter bezweckt, als daß Alles beim Alten bleibt.

Abg. Reichensperger: Die bisherige Politik der Regierung habe keineswegs die Mißerfolge gehabt, welche die Fortschrittspartei erhofft habe. Deßhalb wolle sie durch den gegenwärtigen Antrag die Aufregung gegen dieselbe wieder erhitzen. Warum behaupte die Majorität nicht direct Verletzungen der §§ 84 und 86 des Strafgesetzbuchs und beweise sie. Fehle aber das Material noch, so etablire man eben, wie der Herr Minister sage, nur ein Denunciations-Bureau. Einen Zwang zum Denunciren gebe es doch nicht; man werde sich auf freiwillige Denuncianten beschränken müssen, auf deren selbst eidliche Aussage in der Regel bekanntlich nur geringer Werth gelegt werde. Was würde das oberste Tribunal, die öffentliche Meinung dazu sagen? Ein Resultat sei gewiß; man schwäche das Ansehen der Regierung, aber nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch jeder anderen.

Abg. Dr. Becker (Dortmund). Es gebe zwei große Rücksichten, erstens auf die Wähler, welche geschützt werden müßten, zweitens auf die Beamten, welche sich nicht zu Wahlagitationen für die Regierung hergeben wollen. Es komme noch täglich Material; und aus manchen Kreisen werde es nur unter der Bedingung, daß es einer ganz besonderen Untersuchung unterzogen werde, angeboten. Aus dem Wahlkreise Arnsberg-Lippstadt-Brilon sei z. B. eine große Anzahl Beschwerden eingelaufen; auf die Frage, warum sie nicht, wie aus anderen Bezirken, durch Schriftstücke unterstützt würden, sei als Antwort die Abschrift eines Regierungserlasses eingegangen, in welchem die Beamten angewiesen wurden, sich bei ihrer Agitation vor allen Dingen jeder Schreiberei zu enthalten. (Hört!) Hier sei also die Zeugenvernehmung nöthig. Wenn der Abg. Reichensperger meine, diese Zeugenaussagen würden, weil sie nicht beschworen würden, nichts beweisen, so sei zu erwidern, daß, wenn ehrbare Leute etwas mit der Erklärung, sie seien es zu beschwören bereit, aussagten und der Gegner, dem diese Aussage unbequem sei, die Vereidigung absichtlich verhindere, die Aussage für wahr gelte. Daß man nach dem Rathe Reichenspergers gegen ungesetzliche Wahlbeeinflussungen die betreffenden Paragraphen des Strafgesetzbuches nicht anrufe, sei sehr erklärlich, so lange das Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft bestehe. Aber es handle sich zunächst auch erst um eine Verwarnung der Beamten vor den gesetzlichen Folgen ungesetzlicher Agitation, die erst binnen fünf Jahren verjährten, und daß das jetzige Ministerium noch fünf Jahre bleibe, sei nicht zu fürchten. Wenn endlich gesagt werde, die Untersuchung schwäche das Ansehen der Regierung, so sei zu bemerken, daß das Ansehen derselben noch viel mehr schwinde, wenn sie ungesetzlich agitirte.

Abg. Frhr. v. d. Heydt: Das Haus habe bei Prüfung der einzelnen Wahlen Gelegenheit, die Unregelmäßigkeiten zu untersuchen. Von dem Herrn Minister des Innern habe man vernommen, daß er, wo Ueberschreitungen vorgekommen, habe Remedur eintreten lassen. Das Haus habe gewiß unbestritten das Recht, die Commission einzusetzen; es habe von diesem Rechte aber bisher keinen Gebrauch gemacht. Die ausgedehnte Interpretation, daß Art. 82 dem Hause das Recht gebe nicht blos zur Untersuchung angeregter Thatsachen, sondern auch zur Ermittelung noch nicht bekannter Thatsachen, könne er nicht für richtig halten. Der Unterschied sei wesentlich. (Heiterkeit.) Was schließlich die Aeußerung des Grafen Schwerin betreffe, die Freunde der Regierung seien um einige vermehrt worden, so antworte er, daß die Freunde des Abgeordneten für Anklam sich um einige vermindert hätten, und zwar um einige, deren Abwesenheit er von Herzen beklage. In Betreff seiner eigenen Stellung aber wolle er bemerken, daß er selbst in vollster Unabhängigkeit billige, was ihm recht und nicht billige, was ihm nicht recht scheine; mit diesem Vorbehalt habe er sich der Fraction der Conservativen angeschlossen, weil er in der Hauptfrage des Tages sich in der wärmsten Uebereinstimmung mit derselben befinde. Er würde den Tag segnen, wo alle Parteien sich die Hand reichten, um wo möglich eine zum Heile des Vaterlandes gereichende Verständigung anzubahnen. (Bravo der Conservativen.)

Abg. Graf Schwerin: Er habe sich über den wiederholten Angriff des Abg. v. Blanckenburg nicht gewundert; habe doch selbst der Ministerpräsident es ausgesprochen, daß er und seine Freunde mit mehr Leichtigkeit als Geschick den Conflict herbeigeführt hätten. Er stelle diese Angriffe gern dem öffentlichen Urtheil anheim. Er habe sich niemals des Beifalls des Abg. v. Blanckenburg und des Hrn. Ministerpräsidenten zu erfreuen gehabt und er werde auch für die Zukunft darauf verzichten müssen. (Heiterkeit!) Niemals habe er geleugnet, daß die Regierung Einfluß auf das Land haben müsse. Hier handle es sich aber um die Mittel, ihn zu erlangen. „Wir verwerfen die Mittel der Furcht, der Einschüchterung, der Depravirung (Beifall), wir billigen aber, daß die Regierung durch ihre Maßregeln das Land zu der Ueberzeugung führe, daß sie auf richtigem Wege sei". Er gebe zu, daß er nicht geglaubt habe, denjenigen Einfluß zu besitzen, den er für eine „Regierung" für nöthig halte; er habe aber damals nicht die Mittel der gegenwärtigen Regierung angewendet, sondern als ihm die Mittel nicht gewährt worden, die er zur Erlangung jenes Einflusses nöthig zu haben glaubte, habe er Se. Majestät allerunterthänigst um die Entlassung aus seinem Amte gebeten. (Lebhafter Beifall.) Noch jetzt habe er den Grundsatz, daß, so lange ein Beamter seine Pflicht im Amte erfülle, man nicht nach seiner politischen Gesinnung fragen dürfe. (Bravo.) Es sei, wie er sich jetzt entsinne, richtig, daß er im Jahre 1848 die Herren Wagener und Schede zur Disposition gestellt habe, aber zu einer Zeit, wo es noch keine Wahlen gab. Beide Herren seien Mitglieder des Consistoriums in Magdeburg gewesen, und er habe als Cultusminister geglaubt, beide Herren seien nicht die Kräfte, mit denen er nach seiner Auffassung arbeiten könne (Heiterkeit); dies glaube er auch heute noch. (Bravo.) Er entsinne sich nicht, Landräthe zur Disposition gestellt zu haben, weil sie gegen die Wahl der Herren Wagener und v. Gerlach agitirt hätten. Was den Abg. v. d. Heydt anlange, so sei der Standpunkt, den er sich vindicire, derjenige Standpunkt, den wohl alle Mitglieder des Hauses theilten, und nicht ein specieller. (Beifall.) Das glaube ich aber aussprechen zu müssen, daß ich Manches billige, was er nicht billigt, und Manches nicht billige, was er billigt. (Beifall.)

Abg. Wagener billigt seinerseits das Verfahren des Grafen Schwerin und wenn er selber einmal in die damalige Lage des Grafen Schwerin kommen sollte (andauernde Heiterkeit), so würde er ganz eben so handeln und sich von allen Beamten befreien, welche er nicht in Uebereinstimmung mit seinen Intentionen wüßte (Heiterkeit).

Abg. Schulze-Delitzsch: Der Antrag ziele auf die Zukunft. Wenn das Haus die Mitwirkung der Regierung nicht zu gewärtigen habe, so werde man demselben von andern Seiten entgegenkommen aus dem ganzen Lande. Wenn dann den wohlbegründeten Anträgen des Hauses in Betreff der weiteren Schritte keine Folge gegeben werde, dann werde die Königl. Staatsregierung in die Mitschuld eintreten. Das wäre auch eine Folge. Schon seien massenhafte Thatsachen angezeigt, welche bei den Wahlprüfungen gar nicht verwendet werden konnten. Das Haus verlange von seinen Wählern Unterstützung in seiner schweren Aufgabe. Die Wahlbeeinflussungen hätten die Wirkung gehabt, den ganzen Verfassungskampf zum unmittelbaren Bewußtsein des ganzen Volkes zu bringen, es handle sich aber um einen Conflict der Regierung mit dem ganzen Volke, nicht bloß mit diesem Hause, wenn das Urrecht des Volkes, sein Wahlrecht, geschädigt sei. (Bravo) Die wiederholten Auflösungen sollten consequent dieses System der Beschädigung des Wahlrechts ausbeuten. Alle Verfassungen enthielten das Auflösungsrecht, als eine Appellation von der Volksvertretung an das Volk. Wenn aber, wie bei uns die Regierung, wiederholt wegen derselben Differenz auflöse, denn appellire sie nicht vom Hause an das Volk, sondern vom Volke an dasselbe Volk. Möge das auch dem Buchstaben der Verfassung nicht zuwiderlaufen, dem Geiste der Verfassung widerstrebe es, oder er wisse nicht, was Verfassung sei. (Bravo.) Bei der einen Auflösung heiße es, wir können nicht mit dem Budget-Recht, bei der anderen, wir können nicht mit der Preßfreiheit, nicht mit der Wahlfreiheit regieren. Da begreife er nicht, auf Grund welcher Qualification die Herren Minister eine solche eminente Stellung einzunehmen sich für berechtigt halten. Heiße das nicht: Wir können nicht mit der Verfassung regieren, und so lange diese Verfassung das Staatsgrundgesetz Preußens bilde: wir können überhaupt nicht regieren? (Hört! hört!) Niemand bestreite, daß der Regierung ein berechtigter Einfluß, wie ihn Graf Schwerin darstelle, auf ihre Beamten, wie überhaupt auf die Wahlen zustehe: ja, es gebe noch einen andern berechtigten und natürlichen Einfluß, den der gesellschaftlichen Stellung. Wie aber gerade eine „aristokratische" Partei dazu komme, zu diesem Einfluß noch den gesetzwidrigen der Regierung auf die Beamten als Hilfe zu beanspruchen, begreife er nicht. Daß sie sich aber dieses Einflusses bediene, beweise nur, daß in ihrer Sache etwas faul sei. Worauf stütze man denn aber mit allen diesen Einflüssen seine Aussicht auf Erfolg? Worauf spekulire man? Auf alles Gemeine und Niedrige im Menschen (Bravo), auf die Feigheit und Gesinnungslosigkeit. Eine solche Stütze sei nicht verläßlich; sie sei ein schwankes Rohr, wenn von anderer Seite die Gefahr herantrete. Es sei das Furchtbarste, wenn man den Menschen vor sich selbst erniedrige und entwürdige (Bravo) und nicht bloß vor sich selbst, sondern auch vor allen seinen Genossen. Denn es sei etwas Klägliches, wenn man in den wichtigsten Angelegenheiten des Staats gegen seine Ueberzeugung stimmen müsse. Einer socialistischen Schule ähnlich scheine man für die Kgl. Beamten die Wahlfrage zu einer Magenfrage zu machen. Sollte sich auf diese Weise ein Erfolg erringen lassen, dann wäre auch die Kraft des preußischen Volkes gebrochen in den Stürmen, die jetzt am Horizonte Europas aufzusteigen drohen. Dann könnte leicht der Fall jenes Preußens eintreten, dessen geschichtlicher Beruf es sei, Deutschlands Spitze zu bilden. Freilich, jene Herren sähen ihr Eldorado in einem Preußen, in welchem sie nach Unten hin die kleinen Herren spielen könnten, während sie nach Außen die Selbstständigkeit des Vaterlandes preisgäben. Die Herren mögen sehen, wie sie damit fertig werden, wenn das Volk nicht mehr an seine Vertreter glaubt, wenn ihm keine Hoffnung auf Erhörung mehr übrig bleibt, so dürfte es sich nach anderen Mitteln umsehen. Preußen ist nicht isolirt, wie eine beliebige Insel der Südsee. Die Stunde kommt, wo man des Volkes bedarf, und dann wird über dieses System zu Gericht gesessen werden; nur das ist schlimm dabei, daß wir die Entwicklung unsers Vaterlandes an die Noth desselben anknüpfen müssen, und daß ein Moment nach dem anderen hingeht, wo, wenn eine Regierung an der Spitze Preußens wäre, welche das Land in seinem Geiste und seinen Interessen verstände, Preußen jenem großen Ziele, welches ihm winkt, mit einem kühnen Schritte zustreben könnte. (Lebhaftes Bravo.)

Minister Graf Eulenburg: Es läßt sich nicht leugnen, daß die Rede des Vorredners großen Eindruck zu machen fähig ist. Diese Art von Volksrednerthum, welche sich selbst in Extase setzt und welche unbewiesene Sätze als bewiesene in die Welt schleudert, wird hier im Hause keinen Eindruck machen, wohl aber im Volke. Deßhalb, meine Herren, lassen Sie diese Rede in 100,000 Exemplaren im Lande vertheilen, dann haben Sie erreicht, was Sie mit der Commission erreichen wollen und beschließen Sie keine Commission. (Unruhe und Heiterkeit).

Referent Abg. Aßmann: Wenn Abg. v. Blanckenburg den Satz aufstellte: Die Weisheit der Regierung habe derselben die Herzen im Lande zugewendet, so könne dies zu keinem andern Zweck geschehen sein, als um die Heiterkeit des Hauses zu erregen (Zustimmung).

Abg. Schulze ergreift nun das Wort, um zu erklären, wie er, nach der so eben aus dem Munde des Herrn Ministers gehörten Kritik des Volksredners der Meinung sei, es könne der Herr Minister, wenn er so fortfahre, mit der Zeit noch recht Ersprießliches auf diesem Gebiete leisten. (Heiterkeit.) Der Antrag des Referenten wird mit großer Majorität angenommen.

Es folgt der Bericht über die Petition des Wahlmannes Emil Spiller zu Namslau. Der Antrag lautet: die Petition dem Staatsministerium zur Abhilfe zu überweisen und der Untersuchungs-Commission eine Abschrift der Petition zuzufertigen. — Ref. Wachler: Der Landrath des Namslauer Kreises v. Salice-Contessa hatte durch das Kreisblatt sämmtliche Schulzen vor der Wahl zu einer Besprechung über dieselbe beschieden; in dieser Versammlung sei der jetzige Abg. Major v. Busse auf Polnisch-Meywitz als ganz Unberufener aufgetreten und habe erklärt, der König wünsche, daß solche Männer, wie die früheren Abgeordneten, nicht wieder gewählt würden, des Königs Wunsch aber müsse Befehl sein; dem gegenüber habe der Erbscholtiseibesitzer Moritz Reichert erklärt, ihm sei von einem solchen Befehle nichts bekannt und er werde sich sein Recht nicht verkümmern lassen. Wegen dieser Erklärung gegen eine Privatperson sei auf Anweisung des Regierungs-Vicepräsidenten v. Goetz zu Breslau eine Disciplinar-Untersuchung gegen denselben eingeleitet und er auch bereits verantwortlich vernommen worden. (Hört! hört!) Ferner seien in Folge einer Denunciation ebenfalls auf Anordnung der Regierung der Lehrer Kalkbrenner und der Rathmann Bäckermeister Krichter zu Namslau darüber zur Verantwortung gezogen worden, daß sie liberal gestimmt hatten. Der Regierungs-Commissar habe den Einwand erhoben, daß der Petent als persönlich nicht betheiligt zur Sache nicht legitimirt sei. Die Petitionscommission sei indeß einstimmig der Meinung gewesen, daß der Petent als Wahlmann vollständig befugt gewesen sei, Alles in einer Petition zur Sprache zu bringen, was die Beschwerde über die Wahlmaßregeln der Regierung betreffe.

Abg. v. Vincke-Olbendorf überreicht einen Nachtrag zu der Petition. Dem p. Kalkbrenner sei ein ernster Verweis ertheilt, da er seine Amtspflicht durch seine Abstimmung verletzt habe. Dieser Verweis sei vor der Erklärung des Mini-

sters am 13. d. M. ertheilt. Der Redner erklärt sich für den Antrag der Commission. Er habe die Regierung dringend ersucht, von ihrem unseligen Wege abzuweichen. Wohin solle derselbe führen? Entweder das Ministerium bringe sich selbst zum Fall, oder es gelinge ihm, was es erstrebe. Dann aber vernichte es die Moralität des Volkes. Und mit einem solchen Volke seien die großen Fragen nicht zu lösen, die jetzt an uns herantreten. Das Ministerium, welches mit Ehrlichkeit, Offenheit und Energie die große deutsche Frage an die Hand nehme, werde um die Krone und das Banner Preußens alle Parteien einigen. Denn wir Alle werden ihm folgen und mit freudigem Danke folgen. (Beifall.) — Abg. Wagener: Die Abg. Virchow und Schulze hätten heute Schlimmes prophezeiht; sie prophezeihten Solches schon seit zehn Jahren, und wenn ein Prophet etwas prophezeihe, woraus nichts werde, so sei er ein falscher Prophet. (Heiterkeit.) Daß die Fortschrittspartei heute in so großer Zahl hier vertreten sei, sei nicht das Resultat ihrer Bedeutung — Ruf: zur Sache! — Präsident unterbricht den Redner. Abg. Wagener kommt wieder auf die allgemeine Discussion zurück. Neue Mahnung des Präsidenten. Präsident: Wenn der Präsident zwei Mal unterbreche, dann habe das Haus über die Fortsetzung der Rede zu beschließen. Abg. Wagener bestreitet dem Hause das Recht, in Disciplinarsachen mitzusprechen.

Abg. Richter: Nach dem Resultat der Wahlen sei der Vorredner selbst ein falscher Prophet. (Heiterkeit.) Das ganze Land halte die Klagen über Wahlbeeinflussungen für begründet. Besonders habe man Lehrer beeinflußt. Die vorgesetzte Behörde für die Lehrer seien die Schulinspektoren und nicht die Landräthe; trotzdem stellten diese die Lehrer wegen der Wahlen zur Rede. Es scheine eine vollständige Anarchie in den Ressortverhältnissen eingerissen zu sein.

Es werden demnächst die Anträge des Referenten angenommen. — Abg. Wachler referirt über die Wahlen der Abg. Landräthe v. Niebelschütz und v. Goßler. Die Abtheilung rügt, daß Herr von Goßler trotz seiner Kandidatur Wahlkommissar gewesen sei und bei Eröffnung der Wahl eine „Ansprache“ gehalten habe. — Abg. von Goßler bemerkt, daß er recht gehandelt zu haben glaube, dem Hause aber nicht das Recht zustehe, dem Wahlcommissar eine Rüge zu ertheilen. — Abg. v. Sybel beantragt, daß das Haus durch ausdrücklichen Beschluß der Ansicht, daß jene Ansprache unzulässig sei, beitrete. Das Haus beschließt mit sehr großer Majorität, daß die Ansprache eine ungehörige gewesen. — Präsident Grabow spricht die Hoffnung aus, daß aus diesem Beschlusse der Herr Minister des Innern vielleicht Veranlassung zu einer Verfügung an die Wahlcommissarien nehmen werde, er werde ihm zu diesem Zwecke von dem eben gefaßten Beschlusse amtlich Kenntniß geben.

Bei Gelegenheit der Wahlen im Waldenburger Bezirk bemerkt Abg. Reichenheim: Er wolle hierbei eine ernste Sache zur Sprache bringen, nämlich die Steingrunder Angelegenheit. In Betreff der politischen Bedeutung der Gemeinde Steingrund bemerke er, daß dieselbe mit Althayn, Neuhayn und Bärengrund zusammen 4 Wahlmänner zu wählen habe. Von 96 Urwählern hatten sich bei der Wahl 14 betheiligt und von diesen 14 hatten 7 für die conservativen Wahlmänner gestimmt. Von 15 Personen sei die Eingabe der Gemeinde unterzeichnet gewesen und diese Thatsache spreche so deutlich, daß ihm jede weitere Bemerkung zu erlassen sei.

Abg. Wachler: Die Abtheilung hat es vorgezogen, in dieser Angelegenheit lieber zu schweigen. — Bei Gelegenheit der Wahl im Kreise Saarbrücken constatirt Abg. Duncker, daß der Landrath v. Schlegtendal allgemein für unparteiisch gelte, und theilt mit, wie Herr v. Düring in seinen Maßregelungen gegen Einzelne seiner Arbeiter durch die einmüthige Kündigung von 150 Arbeitern gehemmt worden sei und daß die Einmüthigkeit dieser wackeren Männer in der Wahrung ihres Rechts die höchste Achtung verdiene. (Bravo.)

Abg. Dr. Langerhans berichtet über die Wahlen des Breslauer Landkreises. Abg. Wachler erwähnt, daß der Landrath des Breslauer Kreises die liberalen Wahlmänner eine „Bande“ genannt habe. (Heiterkeit.)

Politische Uebersicht.

Einem Privatbriefe aus Bremen, 26. Nov. entnimmt die „Ostf. Z.“ Folgendes: „Heute wurde bekannt, daß von einem hiesigen Hause (H. H. Meier & Co.) für die preußische Regierung die zwei in Glasgow für die Conföderirten gebauten, von der englischen Regierung mit Arrest belegten Widderdampfer für 1 Mill. Thaler erstanden seien. Diese Nachricht erregte eine freudige Stimmung, da an eine dänische Blokade, wenn jene zwei Widderdampfer die Nordsee beherrschen, nicht zu denken sein wird. Der Ankauf dieser Schiffe, die jede Verbesserung der Kriegskunst aufzuweisen haben, und fast das Doppelte der Summe zu bauen kosten, für welche sie von der preußischen Regierung erworben sein sollen, wäre ein Glück zu nennen, und auch wohl nur unserer genannten Firma zu verdanken, welche, wie es heißt, sich diese beiden Schiffe hat anstellen lassen und sie dann der preußischen Regierung offerirt hat.“

Der „Staatsanzeiger“ meldet die bereits bekannte Ernennung von 10 Mitgliedern des Herrenhauses auf Lebenszeit. Die Obertribunalsräthe Heffter und v. Caprivi sind zugleich zu Kron-Syndicis bestellt worden.

Der Bundestag hat also beschlossen, weder den Vertreter des Königs von Dänemark noch denjenigen des Herzogs Friedrich zuzulassen. Er wird weiter die Bundesexecution beschließen. Vorher soll, wie es neuerdings heißt, noch eine kurze Frist zur Räumung an den König von Dänemark gestellt werden.

Aus Berlin wird übereinstimmend mitgetheilt, daß Herr v. Bismarck für Schleswig-Holstein sehr ungünstig gestimmt sei, dagegen zeige der König ein lebhaftes Interesse für dasselbe. Wir wissen indeß bereits, daß Preußen an dem Londoner Protokoll festhält. Die „Nordd. Allg. Z.“ schwärmt jetzt sehr für den Congreß. Ihm will sie die Frage in Betreff der Erbfolge in Schleswig-Holstein unterbreiten. Vor Verwickelungen scheint sie sehr große Besorgniß zu haben.

In Oesterreich fühlt man sich nicht behaglich. Man merkt, daß man im Widerspruch mit der öffentlichen Meinung Deutschlands ist. Es ist möglich, daß Schmerling's Politik doch noch durchdringt und Oesterreich schwenkt.

In Paris erwartet man eine Broschüre „Napoléon III. et le congrès“ und außerdem eine Anleihe. Wegen letzterer soll heute noch ein Ministerrath stattfinden.

Man schreibt der „Kölnischen Ztg.“ aus London: Lord Cowley schreibt hierher, man sei in Frankreich gegen England erbittert, da man allein ihm die Schuld zuschreibe, daß der Congreß nicht zu Stande komme. Wenn Drouyn de Lhuys sich über das Mißlingen des Congresses sehr ungehalten zeigt, so hat er sich wenigstens nie Illusionen gemacht, vielmehr weiß ich, daß er kurz nach der berühmten Rede des Kaisers zu mehreren diplomatischen Agenten sich dahin geäußert hat: „Der Kaiser hat Recht; denn, wenn es ihm gelingt, den Congreß zu Stande zu bringen, so ist es ganz gut, und kommt der Congreß nicht zu Stande, so ist es noch besser!“

Schleswig-Holstein.

* Der Vorstand der Berliner Turnerschaft hat folgenden Aufruf erlassen:

„Turngenossen! Wieder, wie im Jahre 1848, ist es das schwer verletzte Recht Schleswig-Holsteins, welches in ganz Deutschland das Gefühl erlittener Schmach wach ruft. Wieder greift die Hand des Mannes nach dem Schwerte, um diese Schmach zu sühnen! Damals standen Turner mit in den ersten Reihen der Streiter. Bei Flensburg und bei Hoptrup haben sie gezeigt, daß sie zu kämpfen und zu sterben wußten, wie die ersten Turner von 1813. Auch diesmal dürfen Turner nicht fehlen, wo die Nation für ihr Recht kämpfen wird. Darum bereitet Euch vor auf die Tage der Schlachten! Schreitet in Euren Riegen zur Uebung im Waffenwerk, auf daß Ihr bereit seid, wenn das Vaterland ruft! Berlin, den 26. November 1863. Der Vorstand der Berliner Turnerschaft. Alex. Elster. Dr. Straßmann. Dr. Angerstein. K. Fleischmann. Dr. Virchow. Heyl. Dr. Pflug. Frz. Schilde. G. Jürst. W. Lenz. Georg Engelbach. Fritz Siegemund.“

In Berlin hat eine Studenten-Versammlung (ca 1000) beschlossen: es sei Ehrenpflicht, sich an dem Kampf für Schleswig-Holstein durch freiwillige Geldsammlungen und Wehrbarmachung der Studentenschaft zu betheiligen. Die einleitenden Schritte zur Einführung militairischer Exercitien sind bereits getroffen.

In Würzburg wird ein Freicorps gebildet; in Pforzheim wurden in einer Volksversammlung 8000 Fl. gesammelt. Außerdem meldeten sich 100 Freiwillige. In Zürich organisiren sich die Polytechniker zum Ausziehen.

Herzog Friedrich hat 110,000 Fl. Flottengelder des Nationalvereins angenommen.

In Altona soll die Verfügung von Kopenhagen eingetroffen sein, die Beamten (nach anderen Nachrichten blos die Professoren) von der Leistung des Homagial-Eides vorläufig zu dispensiren.

Das Hauptquartier der dänischen Armee ist nach Kiel verlegt.

Von 33 Geistlichen, Gymnasiallehrern und Advocaten haben 29 die Eidesleistung verweigert.

Nach Kopenhagener Nachrichten hat die englische Canalflotte Befehl, nach der Ostsee abzugehen.

Von der französischen Grenze. Der Herzog von Augustenburg soll, so wird behauptet, von Paris aus den Wink erhalten haben, eine Berufung an das allgemeine Stimmrecht vorzuschlagen.

Deutschland.

♂ Berlin, 29. Nov. Der hier versammelte ständige Ausschuß des deutschen Handelstages beschäftigt sich mit der Redaction einer Denkschrift, welche dem Handelsminister überreicht werden soll und die den Abschluß eines Handelsvertrages mit Rußland bespricht. Die Denkschrift, die in kürzester Zeit überreicht werden soll, wird demnächst auch im Druck erscheinen.

* Auf Wunsch der Königin Victoria werden Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin ihren Aufenthalt in England verlängern und möglicherweise erst zu Weihnachten zurückkehren.

— Das General-Postamt macht bekannt, daß nach einer Mittheilung der Ober-Postbehörde in Warschau auf den Wegen über Sosnowice und Alexandrowo Geldsendungen, welche nach folgenden Orten in Polen: Czenstochau, Petrikau, Roticin, Skierniewice, Lodz, Wloclawek, Kutno, Lowicz und Warschau, so wie nach den hinter Warschau belegenen Orten bestimmt sind, wieder durch die Post befördert werden können.

Frankreich.

— Die „Patrie“ dementirt das Gerücht, dem zufolge Baron v. Budberg sich in der vierten Reihe der nach Compiegne Eingeladenen befindet. Bis jetzt sei Baron v. Budberg nicht eingeladen worden. Der „Nord“ bestätigt, daß Baron v. Budberg keine Aussicht dazu hat.

Italien.

* Der „Guernsey Star“ veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen Garibaldi und Victor Hugo, in welchem Garibaldi für eine Million Musketen für die Italiener Geld brauchte.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 3 Uhr Nachmittags.

Gotha, 30. Novbr. Der Herzog von Braunschweig hat den Herzog Friedrich von Schleswig-Holstein anerkannt.

Danzig, den 30. November.

* Das Kgl. Polizei-Präsidium macht bekannt, daß die Ausladung und Lagerung von rohem, nicht raffinirtem Petroleum nicht wie bisher am rechten Weichselufer, gegen Station 109—111, sondern von jetzt ab, mit Ausschluß jeder andern Stelle, nur allein am linken Weichselufer, und zwar von Station 70 stromabwärts bis 66 erfolgen darf.

* Professor Langenbeck aus Berlin ist Behufs einer Operation hier eingetroffen.

* Gestern hat in Schidlitz eine Prügelei stattgefunden, bei welcher ein Mann durch einen Messerstich verwundet ist.

Vermischtes.

— Eine Riesenorgel, über 60 Fuß hoch, 48 Fuß breit und 24 F. tief., mit 5474 Pfeifen, deren grözeste 32 F. lang ist und einen erwachsenen Mann bequem durchschlüpfen läßt, wurde am 25. v. M. in der Musikhalle zu Boston zum ersten Male gespielt. Der Effect dieser Musik soll großartig sein.

Börsendepeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 30. November 1863. Aufgegeben 2 Uhr 2 Min.
Angekommen in Danzig 3 Uhr 25 Min.

		Letzt.Crs.
Roggen fester,		
loco	36¼	36
November . . .	36⅛	35⅞
Frühjahr	37⅜	37¼
Spiritus Novbr. .	14⅙	14¼
Rüböl do. . .	11⅞	12
Staatsschuldscheine	87½	87
4½ % 56er. Anleihe	98⅜	93½
5% 59er. Pr.-Anl.	103⅜	103½

		Letzt. Crs.
Preuß. Rentenbr.	94	93½
3½ % Westpr. Pfdbr.	81⅓	81½
4 % do. do.	—	92¼
Danziger Privatbk.	96½	—
Ostpr. Pfandbriefe	81¾	81¾
Oestr. Credit-Actien	71¾	71
Nationale	66¼	65½
Russ. Banknoten . .	86	85
Wechselc. London	—	6. 18⅞

Fondsbörse: Actien fest.

Hamburg, 28. November. Getreidemarkt. Weizen loco letzte höchste Preise bezahlt, Dänemark Frühjahr matter. Roggen unverändert. — Hafer ab Dänemark wenig offerirt, gesuchter. — Oel geschäftslos, loco und pr December 23⅞, Mai 24⅞. — Kaffee ruhig. Die Riodepesche blieb ohne Einfluß. — Zucker unverändert. — Zink 1000 Ctr. loco zu 11¾ verkauft.

London, 28. November. Silber 61½. Türkische Consols 46½. — Wetter heiter und kalt. — Consols 91. 1 % Spanier 47¼. Mexikaner 37. 5% Russen 92. Neue Russen 88½. Sardinier 89.

Liverpool, 28. November. Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz. Preise steigend. Fair Dhollerah 23¾.

Paris, 28. November. 3 % Rente 66, 85. Italienische 5 % Rente 71, 70. Italienische neueste Anleihe —. 3 % Spanier 51⅛. 1 % Spanier 46¾. Oesterreichische Staats-Eisenbahn-Actien 392, 50. Credit mob.-Actien 1065, 00. Lombr. Eisenbahn-Actien 517, 50.

Produktenmärkte.

Danzig, den 30. November. Bahnpreise.

Weizen gut hellbunt, fein und hochbunt 127—128/29—130/1—132/4 ℔ nach Qualität 61/62—62½/64—64/67½—68/71½ Sgr.; sehr schön hochbunt, weiß, hellglasig 133/4—136/7 ℔ von 72—74/75 Sgr., dunkelbunt 125/6—130/31 ℔ von 57½—60/62½ Sgr. Alles pr 85 ℔ Zollgewicht.

Roggen frisch 123/4—128/130 ℔ von 38—40/40½/41 Sgr. pr 125 ℔.

Erbsen von 40/42—44/46 Sgr.

Gerste frische kleine 106/108—112/14 ℔ von 31/32—35/36 Sgr. große 110/112—118/120 ℔ von 34/35—37/39/40 Sgr.

Hafer von 21/23—25 Sgr.

Spiritus 13 Rℓ. pr 8000% bezahlt.

Getreide-Börse. Wetter: kalte bezogene Luft. Wind: NW.

Die Haltung des heutigen Marktes war für Weizen flau und nur feinste Qualität und alte Waare fand Beachtung zu unveränderten Preisen, während andere Gattungen sich schwer verkäuflich zeigten und billiger erlassen werden mußten, 135 Lasten Weizen sind überhaupt verkauft. Bezahlt für 125 ℔ hellfarbig ℔. 372½, 129 ℔ bunt ℔. 380, 385, 135/6 ℔ roth ℔. 420, 132/3 ℔ bunt ℔. 420, 131 ℔ hellbunt ℔. 422½, 131/2 ℔ glasig ℔. 430, 133, 134 ℔ hochbunt ℔. 440, 442½, 130/1 ℔ fein bunt alt ℔. 450, 135/6 ℔ fein hochbunt ℔. 460, Alles pr 85 ℔. — Roggen matt, 120 ℔ ℔. 221, 125 ℔ ℔. 234, 127/8 ℔, 128 ℔ ℔. 237, Alles pr 125 ℔. — Weiße Erbsen ℔. 270. — Spiritus 13 Rℓ. bezahlt.

* **London,** 27. November. (Kingsford & Lay.) Mit Ausnahme des sehr schlechten Wetters am Dienstag und eines gelegentlichen Regenschauers war das Wetter seit dem 20. ungewöhnlich schön und mild für die Jahreszeit; der Wind war bis gestern SW., seitdem SO. Im ganzen Königreich hat die steigende Tendenz für Weizen in der vorigen Woche angehalten und eine Steigerung von 1s pr Qr. ist allgemein erreicht worden. Frühere Preise waren für alle Sorten Sommergetreide zu machen. Faßmehl muß 6d und fremdes Sackmehl 6d—1s theurer notirt werden. Seit letztem Freitag sind 91 Schiffe als an der Küste angekommen rapportirt worden, darunter 37 Weizen, von welchen mit den von der letzten Woche übrig gebliebenen gestern noch 52 zum Verkauf waren, darunter 17 Weizen. Für Weizen 1—2s pr Qr. höhere Preise erreicht worden, die Inhaber verlangen jedoch eine weitere Steigerung und wird das Geschäft dadurch gehindert, ebenso sind die Umsätze in Mais durch höhere Forderungen beschränkt worden, die Inhaber verlangen jedoch eine weitere Steigerung und wird das Geschäft dadurch gehindert, ebenso sind die Umsätze in Mais durch höhere Forderungen beschränkt worden; in Gerste ist viel zu alten Preisen gehandelt worden, Bohnen blieben fest. Die Zufuhren von fremder Gerste waren in dieser Woche beträchtlich, von allen andern Getreidesorten klein. Der heutige Markt war nur mäßig besucht. Englicher Weizen holte äußerste Montagspreise, in fremdem war das Geschäft meistens auf einige Verkäufe an Speculanten beschränkt, in welchen etwas bessere Preise erreicht wurden. Sommergetreide blieb fest zu letzten Notizen.

Schiffslisten.

Neufahrwasser, den 28. November 1863.

Gesegelt: Parlitz, Colberg, Stettin, Güter. — Hundt, Calypso, Dublin; Gowers, Phönix, Heppens; G. Farmer, Mary Mitchesen, London; Broberg, Valkyrien, Gloucester; sämmtlich mit Holz. — Jacobs, Maria, Hartlepool; Munro, Kate, Leith; J. Landisen, Catch-me, Aberdeen; sämmtlich mit Getreide. — Robertson, Reasur, London, Holz u. Bier. — J. Forth, Irwell (SD.), Hull, Getreide u. Bier.

Den 29. November.

Gesegelt: G. Ziemke, Stolp (SD.), Stettin, Getreide u. Gütter. — Korff, Diogenes, Newcastle; Robinson, Maid of Athens, London; beide mit Holz. — Moje, Franziska, Christiania, Getreide.

Angekommen: W. Mason, Joseph Somes (SD.), London, Ballast.

Den 30. November. Wind Süd.

Nichts in Sicht.

Thorn, den 28. Nov. Wasserstand: — 5 Zoll.

Stromab: L. Schfl.

Thomas Paruszinski, S. Wilcynski, Nieszawa, Bromberg, 18 — Wz.

Frachten.

* **Danzig,** 30. Nov. London 6s, 5s 6d pr Quarter Weizen, 23s pr Load Balken und □ Sleeper, 28s pr Load eichen Planken. Sunderland 26s 8d pr Load eichen, 20s pr Load fichten Holz. Leith oder Firth of Forth 5s, 5s 3d pr Quarter Roggen. Christiansund oder Laurvig 18 ß. Hamb. Bco. pr Tonne Roggen.

Fondsbörse.

* **Danzig,** 30. November. London 3 Monat 6. 18¾ Br. Hamburg kurz 151¼ Br., ¼ bez. 3½ % Westpreußische Pfandbriefe 82 Br., do. 4 % 92½ Br.

Verantwortlicher Redacteur H. Rickert in Danzig.

Meteorologische Beobachtungen.

Novbr.	Stund.	Baromt.-Stand in Par.-Lin.	Therm. im Freien.	Wind und Wetter.
29	8	344,32	0,8	Südl. flau, bew. Himmel.
	12	344,56	2,0	SW. do. do.
30	8	344,16	2,3	Südl. do. do.
	12	344,30	3,2	SW. do. do.

Flußdampfer Verkauf.

Ein eiserner Flußschraubendampfer mit 1200 Ctr. Ladung, ca. 3' tief gehend, geringem Kohlenverbrauch, soll mit vollständigem Inventarium wegen Auseinandersetzung sofort verkauft werden.

D. Samuelsohn,
[7378] Königsberg i/Pr.

Anzeige.

Mit der Regulirung des Nachlasses des Herrn Sanitätsrath Dr. Hein ist der Kaufmann Albert Hein von den Hinterbliebenen beauftragt.

Es wird gebeten, etwaige Forderungen bei demselben Hundegasse No. 64 im Comtoir baldigst schriftlich anzumelden. [7400]

Danzig, 20. November 1863.

Holz-Verkauf.

In Thurowken per Wittmannsdorf stehen ca. 500 Stück Fichten (Flößhölzer) im Walde sofort zum Verkauf. Zur Allee 2 Meilen Entfernung. [7359]

2000 Schock Band- und Dachstöcke und 56 Bund Korbmacher-Weiden guter Qualität sollen am 15. December d. J. von 9 Uhr Morgens ab in öffentlicher Auction an den Meistbietenden gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden in Dameraner-Wachbude bei Dirschau; auch werden daselbst zu jeder Zeit vor dem Termine Stöcke u. Weiden verkauft.

Damerau, im Novbr. 1863.

Das Schulzen-Amt.
Preuß. [7168]

Ein stehendes Roßwerk mit 14füßigem Kammrade, noch neu, ist zu verkauf. Wo? sagt die Exped. der Danziger Ztg.

C. Hess,

Breitgasse 93,

empfiehlt sein Lager aller Sorten Waffen, doppelter und einfacher Jagdgewehre, feiner **Scheibenbüchsen** mit Gußstahlläufen, Büchsflinten, Tousaint- und Flobert-Büchsen, Pistolen und Terzerole, Revolver verschiedener Systeme, Jagdtaschen, Pulverhörner und alle andern Jagdzeuge in den neuesten Erfindungen, Englisch Pulver und gutes Bleischrot, Englische und alle Sorten Zündhütchen, auch wird jede Bestellung und Reparatur prompt ausgeführt.

Ein hier am Orte gelegenes Material- und Schank-Geschäft, im besten Theile der Stadt, ist eingetretener Umstände halber sofort zu verpachten. Zur Uebernahme sind ca. 2000 Thlr. erforderlich. Selbstpächter reichen Ihre Adresse unter 7383 in der Exped. dieser Zeitung ein.

Guts-Verkauf.

Größe 1300 Mrg., belegen in der Nähe von Danzig, mit vollständigem Inventar 2c. Preis 24 Mille, Anzahl. 10 Mille. Näheres ertheilt **Rob. Jacobi** in Danzig, Breitgasse 64.

Ein Zucht-Eber, Yorkshire-Race, 6 Monate alt, der von dem Land- und Forstverein in Königsberg angekauft ist, steht zum Verkauf Häkergasse 33, parterre. [7399]

Beste Pflaumenkreide,

(prima Qualität — für deren ganz reine Waare garantirt wird), —

in 1/1 Kübeln 10% Ta. à Ctr. 6⅔ Thlr. per Contant ab hier — geschälte Birnen à Pfd. 6 Sgr., do. Aepfel à 7 Sgr. und beste geb. Pflaumen à Pfd. 3 Sgr., do. ohne Kern à Pfd. 6 Sgr., beste Wallnüsse à Schock 3 Sgr. [7178]

empfiehlt zur geneigten Abnahme

Conrad Unger,
Grünberg i. Schl., Kraußstraße No. 136.

Die erste Sendung echter Pomm. Fleischwurst, gut geräuchert pro Pfd. 7 Sgr., erhielt und empfiehlt

W. J. Schulz,
[7393] Wollwebergasse 3.

Sorauer Wachs-Tafellichte, weissen und gelben Wachsstock, Handlaternen- u. Wagenlichte, empfing [7403]

Carl Schnarcke.
Brodbänkengasse 47.

Gelesene Mandeln zu Marcipan, kleine Hüte Raffinade ca. 10 Pfd. Beste genueser Succade, feinste Orangenschalen empfiehlt bestens

F. E. Gossing,
Heiligegeist- u. Kuhgassen-Ecke 47.

Pommersche Spickgänse und Keulen, feinste Gothaer Cervelatwurst, Astr. Caviar, Neufch. Käse empf. bestens

F. E. Gossing,
[7398] Heiligegeist- u. Kuhgassen-Ecke 47.

Aufträge jeder respectablen Art, z. B. von Verkäufen, Verpachtungen, Vermiethungen, Agenturen und anderen Commissions-Geschäften, nimmt an das kaufmännische Placements- und Commissions-Comtoir von J. L. Baumann, Köpergasse 13. [7322]

Feuer-Versicherungs-Anstalt

der

Bayrischen Hypotheken- u. Wechsel-Bank

in

München.

Grundcapital der Bank, voll eingezahlt	20,000,000	Gulden.
Garantiefonds der Feuer-Versicherungs-Anstalt	3,000,000	„
Capital-Reserve der Feuerversicherungs-Anstalt	1,000,000	„
Prämien-Reserve der Feuer-Versicherungs-Anstalt	239,434	„

Die Anstalt übernimmt Versicherungen gegen **Feuersgefahr zu festen billigen Prämien**; zur Vermittelung derselben, so wie zur Ertheilung jeder gewünschten Auskunft empfehlen sich die unterzeichneten Agenten:

in Danzig **R. Damme,** General-Agent, Poggenpfuhl No. 19,
„ „ **J. Robert Reichenberg,** Fleischergasse No. 62,
„ „ **Th. Fried. Jantzen,** Brodbänkengasse No. 7,
„ „ **Robert Mehlmann,** Wollwebergasse No. 11,
„ „ **Albert Schönbeck,** Wallplatz No. 4,
„ „ **Heinrich Zernecke,** Frauengasse No. 23,
„ Dirschau **J. R. Hensel,**
„ Marienburg Apotheker **J. Leistikow,**
„ Neuteich Rentier **Julius Preussmann,**
„ Tiegenhof **J. Pächter,**
„ Neustadt **Johannes Nau.**
„ Berent Bürgermeister a. D. **A. Böhnke,**
„ Schiefenhorst **Johannes Scheffler.** [7373]

Die Wäsche-Fabrik und Leinen-Handlung

en gros & en détail

von

Magnus Eisenstädt,

No. 17. Langgasse No. 17,

empfiehlt ganz ergebenst

Herren-, Damen- und Kinderwäsche, Leinwand, Handtücher, Taschentücher, Tischzeuge, wollene Reise- und Jagdhemden, Strümpfe, Crinolinen und Tricots in großer Auswahl zu billigen aber festen Preisen. Bei Bestellungen von außerhalb auf Oberhemden, bitte ich, um solche gleich passend senden zu können, die Halsweite mit Angabe der Kragen-Façon genau anzugeben. [7392]

Das PELZ-LAGER

en gros & en détail

von

Philipp Löwy,

Langgasse No 74, Saal-Etage,

empfiehlt Reise- und Promenaden-Pelze für Herren und Damen, Muffen, Pellerinen, Schlittendecken, Pelzstiefel, Bibermützen etc. in grösster Auswahl. Preise fest. [7313]

Thlr. 3000 Kindergelder, werden hinter Thlr. 4000 auf einem ländlichen Grundbesitz, welcher Thlr. 30,000 an Werth; zum 1. April k. J. gesucht. Nur Selbstdarleiher belieben Adressen in der Exped. dieser Zeitung unter Litura F, S. 7370 einzureichen.

Zur Deckung der Havarie-Gelder für mein Schiff Amicitia mit einer Ladung Roggen nach der Weser bestimmt, suche ich ein Darleben von ungefähr 1500 Thaler gegen Bodmereibrief. Offerten bitte bei Herrn **F. G. Reinhold,** Heil. Geistgasse 78 einzureichen. [7401]

J. H. Görtemaker,
Führer des Schiffes Amicitia aus Emden.

Rüb- und Leinkuchen, lagernd und zu besehen im Herings-Magazin des Langelaufs-Speicher, sind zu haben bei

R. Damme,
[7572] Poggenpfuhl No. 19.

2700 bis 3000 Thlr.

werden auf ein neu gebautes Geschäftshaus zur ersten Hypothek gesucht. Taxwerth 5000 Rt. ohne Land. Näheres Altstädtischen Graben 16.

Auf dem Gute Klostersee bei Marienwerder kann ein junger Mann zur Erlernung der practischen Landwirthschaft gegen Entrichtung einer mäßigen Pension sofort placirt werden. Gefällige Meldungen beliebe man an den Guts-Verwalter **Wolfeil** daselbst zu richten. [7293]

Petroleum-Lampen in allen Sorten, empfiehlt billigst **Wilh. Sanio,** Holzmarkt No. 25/26. [6602]

Es gereicht uns zur höchsten Genugthuung, wiederum ein Resultat über die vorzügliche Wirksamkeit des Haarbalsams **Esprit des cheveux** von Hutter & Co. in Berlin, Niederlage bei J. L. Preuß in Danzig, Portechaisengasse 3, vorführen zu können, ein Resultat, das sich dem auf Erfahrung begründeten Gutachten vieler Personen vollkommen anreiht. Folgender Thatbestand als Beweis:

Die verschiedensten Lobpreisungen Ihres Esprit des cheveux veranlaßten mich, unterstützt durch den Dank welchen Ihnen mein Freund, Herr Fabrikbesitzer W. Rabin in Zweibrücken aussprach, auch denselben anzuwenden und schon nach dem Verbrauch von 2 Flaschen à 1 Thlr., mußte ich die ausgezeichnete Wirkung desselben bewundern; mein Haar, welches mir ganz bedeutend ausfiel, erhielt neue Festigkeit und sprießen auch bereits neue Haare in ziemlicher Fülle hervor. Ich verabsäume deshalb nicht, Ihnen meinen innigsten Dank zu sagen.

Saarlouis, 25. October 1863.

[6882] **O. Jordan,** Kaufmann.

Beste frische Rübkuchen frei ab den Bahnhöfen und Leinkuchen ab hier empfiehlt billigst

[7066] **R. Baecker in Mewe.**

Auf dem Dominium Renkau stehen 150 feine Zuchthammel zum Verkauf. [7220]

Neunaugen-Offerte.

Extra große und gewöhnliche Weichsel-Neunaugen, „best geröstet und marinirt" offerirt in 1—50 Schock-Fässern zum billigsten Preise

[7223] **Rob. Brunzen,** Fischmarkt 38.

Crême van Trup.

Dieser ausgezeichnete Kräuterliqueur die Originalflasche 7½ Sgr. nur ächt bei

F. L. Jeche,
[7291] 2. Damm No. 16.

In einer lebhaften Handelsstadt an der Ostsee worin ein besuchtes See- und Soolbad sich befindet, soll ein Colonial-Waaren-Geschäft nebst Wohnhaus und Speicher, incl. Waarenlager u. Utensilien in der besten Gegend der Stadt am Markt belegen, in welchem seit 40 Jahren ein Waarengeschäft mit bestem Erfolge betrieben wird, aus freier Hand sofort verkauft werden. Käufer erfahren Näheres durch den Commissionair **Taege** in Colberg. [7027]

Ein Bauplatz ist billig zu verkaufen. Näheres Hakelwerk No. 2. [7310]

Einige Lehrlinge, am liebsten nicht von hier, für Material- und Colonial-Geschäfte braucht nöthig das kaufmännische Placements- u. Commissions-Comptoir Köpergasse 13. [7323]

Für einen mit guten Schulkenntnissen ausgerüsteten jungen Mann wird eine **Lehrlingsstelle** in einem **Speditions-** 2c. oder **en gros-Geschäfte** unter annehmbaren Bedingungen gesucht. Franco-Offerten unter S. S. 7235 nimmt die Exped. dieser Ztg. entgegen.

Ein gebildeter Landwirth, 25 Jahre alt, gegenwärtig Rendant, Polizei-Verwalter und Hof-Inspector einer bedeutenden Besitzung, mit vorzüglichen Empfehlungen, sucht zum 1. Januar eine Stelle. Adr. nimmt die Exped. dieser Ztg. entgegen unter No. 7175.

Ein junger Mann aus sehr anständiger Familie wünscht bei einem Herrn auf Reisen als Bedienter eine Stelle. Gef. Adr. erbittet man in der Exped. d. Ztg. unter C. R. 7306.

E. Fürst,

Tapezier und Decorateur,
Breitesthor 2,

empfiehlt sich in allen seinen Arbeiten, als: Sophas, Gardinen, Fußdecken, Rouleaux, Teppichen, Schlummerkissen 2c., Tapezieren der Zimmer von 5 Sgr. ab, Federmatratzen von 12 Thlr. ab. Sämmtliche Arbeiten unter Garantie. Alte Sophas werden stets umgearbeitet. [7336]

Meine Wohnung befindet sich jetzt Mattenbuden bei dem Baumeister Herrn **Halbritter,** und bringe ich Grabdenkmäler in Marmor- und Sandstein-Arbeiten in Stuck und künstlichem Steinguß, so wie alle Arten Holzschnitzereien zur exacten Ausführung.

[7387] **Th. Große,** Bildhauer.

Die früheren Zöglinge des B. Gr. M.-W. werden ersucht, sich Mittw. Abd. im Jeczewski'schen Lokale wegen Besprechung wichtiger Angelegenh. einzufind.

Musik-Unterricht.

Aufnahme neuer Schüler für Klavier, Violine und Composition. [7395]

August Weyher, Heil.-Geistg. 72.

Permanente Kunstausstellung.

Hundegasse 93.

Neu hinzugekommen von **W. Stryowski:** zwei große Genrebilder: **„Einsegnung"** und **„Rast auf der Wanderschaft".**

R. Fischer, zwei Landschaften.
C. Rodde, Sonnenuntergang.
C. Scherres, Aquarelle. [7269]

Hôtel z. Kronprinzen.

Friedrich Walter in Danzig,
Hundegasse 95,

empfiehlt sein elegant eingerichtetes Hôtel ersten Ranges, unter Zusicherung reeller und aufmerksamer Bedienung hiermit ganz ergebenst [7252]

Donnerstag Zuckau den 3. December. [7236]

Selonke's Etablissement auf Langgarten.

Morgen Dienstag, d. 1. Decbr. c.,

Steyrisches

National-Concert

des rühmlichst bekannten Zither-Virtuosen **Joseph Mayer nebst Gesellschaft** aus Wien, im Steyrischen National-Costüm.

Entrée 5 Sgr. Kassen-Eröffnung 6½ Uhr. Anfang 7 Uhr.

Programme an der Kasse.

Einen sehr genußreichen Abend versprechend, ladet ergebenst ein

[7387] **Joseph Mayer nebst Gesellschaft.**

Stadt-Theater.

Dienstag, den 1. Decbr. (3. Ab. No 10). Zum ersten Male wiederholt: **Die Lady in Trauer.** Schauspiel in 5 Acten von Trauen.

Heute ist Montag!!!

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.